

## N I E D E R S C H R I F T

über die Sitzung des Sozialausschusses Nr. III/2003,  
am 08.07.2003, 16:00 Uhr  
Ort: Volkshochschule, Wehringhauser Str. 38 (Villa Post)

### Anwesend waren:

a) die Mitglieder des Rates

Frau Oestereich als Vorsitzende  
Frau Dannert  
Herr Dücker  
Frau Huvers  
Frau Kurte  
Frau Kuschel  
Herr Röspel  
Herr Schellhorn  
Herr Timm

b) die Ausschussmitglieder

Herr Kohaupt  
Herr Meier  
Herr Stacheter

c) die stellvertretenden Ausschussmitglieder

Herr Halbeisen

d) sachkundige Einwohner

Herr Denecke  
Herr Haensel  
Herr Puder  
Frau Schmidt

## e) von der Verwaltung

Herr Dr. Schmidt	Dezernat für Umwelt, Gesundheit, Jugend, Soziales und Verbraucherschutz
Herr Steuber	Fachbereich Jugend und Soziales
Herr Reichert	Fachbereich Jugend und Soziales
Herr Stüwe	Fachbereich Jugend und Soziales
Frau Kreiß	Fachbereich Jugend und Soziales
Herr Groening	Fachbereich Jugend und Soziales
Herr Dr. Bent	Gesundheitsamt
Herr Walther	Gesundheitsamt
Herr Schrage	Gesundheitsamt
Herr Strate	Gesundheitsamt
Herr Pollex	Konsolidierungsmanagement
Herr Quitter	Konsolidierungsmanagement

## f) Herr Meisborn als Schriftführer

**Inhaltsverzeichnis:**

<u>TOP</u>	<u>Stichwort</u>	
1.	Mitteilungen	S. 4
2.	Gesamtstädtisches Strategiekonzept zur langfristigen Wiederherstellung der kommunalen Handlungsfähigkeit der Stadt Hagen	S. 4
3.	Geschäftsbericht des Fachbereiches Jugend und Soziales	S. 4-7
4.	Geschäftsberichte Freie Wohlfahrtspflege	S. 7
5.	Zwischenbericht Flüchtlingsunterkünfte Loxbaum / Posener Str. (mündlicher Bericht)	S. 7/8
6.	Qualifizierungsmaßnahme bfw	S. 8
7.	Qualifizierungsmaßnahme HFB	S. 8/9
8.	Psychiatrische Versorgung in Hagen (mündl. Bericht des Gesundheitsamtes)	S. 9
9.	Pharmazeutisch-Technische Lehranstalt (PTLA) hier: Erhöhung der Teilnehmerbeiträge	S. 9/10
10.	Anfragen der Mitglieder des Sozialausschusses gem. § 6 Abs. 8 der Geschäftsordnung des Rates	S. 10

Frau Oestereich eröffnet die Sitzung um 16:05 Uhr.  
Sie begrüßt die Herren Pollex und Quitter vom Konsolidierungsmanagement.

## **1. Mitteilungen**

Herr Steuber teilt mit, dass sich am nächsten Tag die Essensdienste „Mahlzeitendienst auf Rädern“ im Forum der 1. Etage im Rathaus II vorstelle. Zu dieser Veranstaltung, die den Titel „Tag der kulinarischen Genüsse“ trage, lädt Herr Steuber ein.

Des Weiteren macht Herr Steuber auf den „Tag der offenen Tür“ im Rathaus II am 19.07.2003 aufmerksam und weist auf die ausliegende Broschüre hin.

Außerdem kündigt Herr Steuber die Möglichkeit an, Herrn Prof. Reis von der Fachhochschule Frankfurt für die Sozialausschusssitzung am 26.11.03 einzuladen. Herr Prof. Reis ist Koordinator für das Projekt „Sozialagentur“ und könnte dann über den aktuellen Stand berichten.

## **2. Gesamtstädtisches Strategiekonzept zur langfristigen Wiederherstellung der kommunalen Handlungsfähigkeit der Stadt Hagen**

Frau Oestereich bittet im Hinblick auf die laufenden Gespräche, einen gemeinsamen Beschlussvorschlag zu erarbeiten, für heute von einer Beschlussfassung abzusehen. Sie geht davon aus, dass letztendlich erst im Rat entschieden wird.

Herr Röspel, Herr Dücker, Herr Halbeisen und Herr Schellhorn schließen sich für ihre Fraktionen dem Vorschlag an. Somit erfolgt keine Beschlussfassung.

## **3. Geschäftsbericht des Fachbereiches Jugend und Soziales**

Frau Oestereich ruft die einzelnen, den Sozialausschuss betreffenden Kapitel des Berichtes auf und bittet jeweils um Wortmeldungen.

### a) Hilfe zum Lebensunterhalt, S. 26 ff. des Berichtes

Frau Oestereich macht auf die Höhe der Transferleistungen auf Seite 27 aufmerksam. Herr Halbeisen hat u.a. eine Frage zur Grafik auf S. 32. Herr Steuber beantwortet die Fragen und erläutert, dass diese Grafik die Zahl der Sozialhilfeempfänger auf 1000 Einwohner im Bereich des entsprechenden Regionalen Sozialen Dienstes darstelle.

Auf Nachfrage von Frau Oestereich erklärt Herr Reichert, dass die auf Seite 29 unter 4.7 aufgeführte Fall- und Ausgabenreduzierung der Sozialhilfe aufgrund Einführung des Grundsicherungsgesetzes sowohl aufgrund der Aufgabenverschiebung wie aber auch aufgrund strikter Überprüfung der Sozialhilfefälle erreicht würde.

### b) Hilfe zur Arbeit, S. 33 ff. des Berichtes

Herr Steuber bringt auf die Frage von Herrn Schellhorn vor, dass die - zum 01.10.2003 geplante - gemeinsame Anlaufstelle des Arbeitsamtes und der Stadt Hagen aufgrund der vom Gesetzgeber beabsichtigten strukturellen Veränderungen im Bereich Arbeitslosen-/Sozialhilfe zurückgestellt worden sei, allerdings bereits jetzt ein regelmäßiger Austausch zwischen Beratern/Vermittlern des Arbeitsamtes und Mitarbeitern des Fachbereichs Jugend und Soziales erfolge.

Herr Röspel spricht den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Fachbereichs seinen Dank für die auf Seite 37 Ziffer 4.5 dargestellten Zielerreichungszahlen aus.

- c) Sozialagentur im Regionalen Sozialen Dienst Hohenlimburg, S. 40 ff. des Berichtes

Herr Steuber weist darauf hin, dass die Fallzahlen von 1121 im Jahr 2002 auf 1018 im Jahr 2003 gesunken sind und somit die Arbeit der Sozialagentur erste Erfolge zeige.

- d) Zugangssystem in der Sozialhilfe im Regionalen Sozialen Dienst Haspe, Sachgruppe 55/153, S. 46 ff. des Berichtes

Herr Halbeisen stellt aufgrund des Geschäftsberichtes fest, dass 94 Personen nach der Erstberatung nicht wiedererscheinen. Er würde gerne erfahren, wovon diese Menschen leben und wo sie verbleiben.

Insgesamt wünsche sich Frau Oestereich eine gleichmäßige Intensivierung der Beratung der Sozialhilfeempfänger. Herr Steuber führt aus, dass es sich in Haspe und Hohenlimburg um Modellversuche handle und die Entwicklung noch im Gange sei. Es sei aber beabsichtigt eine Zielvereinbarung für alle Regionalen Sozialen Dienste zum 01.01.2004 abzuschließen, um einen gleichmäßigen Beratungsstandard zu erreichen.

Herr Halbeisen hinterfragt, ob durch die Praxis der Terminvereinbarung nicht ein bestimmtes Klientel (Nutzer des Männerasyls) benachteiligt oder ausgegrenzt werde. Herr Steuber erläutert die Vorteile der Praxis der Terminvereinbarung für alle Beteiligten, will aber nicht ausschließen, dass es hierbei in Einzelfällen zu Schwierigkeiten gekommen sei. Jedoch sei auch für diesen Personenkreis sichergestellt, dass gesetzliche Leistungsansprüche jederzeit gewährleistet würden.

Herr Schellhorn wertet die Rubrik 4.6 auf Seite 50 als „Hilferuf“ worauf hin Herr Steuber bestätigt, dass die momentane Situation schwierig sei.

- e) Ambulant betreutes Wohnen für behinderte Menschen, S. 52 ff. des Berichtes

Frau Kreiß erklärt, dass als wesentliche Neuerung der Zuständigkeitswechsel für diesen Aufgabenbereich vom örtlichen Träger auf den überörtliche Träger erfolgt sei. Der überörtliche Träger ist der Landschaftsverband.

Herr Röspel fragt nach der Einrichtung der „Clearingstelle“. Frau Kreiß antwortet darauf, dass der zuständige Landschaftsverband die Verbände anschreiben wolle. Die erste Sitzung der „Clearingstelle“ soll bereits in der zweiten Julihälfte stattfinden. Des Weiteren soll es zwei „Clearingstellen“ geben: in der einen soll es um die Angelegenheiten der psychisch Kranken gehen und in der anderen um die körperlichen und die geistig Behinderten.

Herr Halbeisen macht einen Formulierungsverbesserungsvorschlag für Seite 54, Punkt 4.2. Dort soll das Wort „verhindert“ durch das Wort „vermieden“ ersetzt werden.

Frau Oestereich, Herr Röspel und Herr Haensel haben noch weitere Fragen und Anmerkungen, aus denen noch mal der Bedarf nach einer „Clearingstelle“ zum Ausdruck kommt sowie die Feststellung, dass in diesem Bereich durch den Zuständigkeitswechsel eine gewisse Unsicherheit herrscht.

- f) Hilfe zur Pflege in Einrichtungen und Pflegewohngeld, S. 57 ff. des Berichtes

Frau Oestereich bemerkt, dass der Fehlbedarf an Heimplätzen reduziert wurde, stellt aber gleichwohl fest, dass das Ziel der Bedarfsdeckung nicht erreicht sei. Frau Oestereich bringt zum Ausdruck, dass sie mit dem aktuellen Zustand in diesem Bereich nicht zufrieden sei.

Herr Dr. Schmidt, Herr Röspel und Herr Meier nehmen zu diesem Bereich Stellung. Dabei wird insbesondere auf die Bebauung am Kratzkopf eingegangen.

Frau Oestereich schließt die Diskussion mit dem Hinweis ab, dass die Verquickung von Stadtentwicklungsausschuss und Sozialausschuss besser funktionieren müsse.

- g) Wohnberatung für ältere und behinderte Bürgerinnen und Bürger der Stadt Hagen, S. 63 ff. des Berichtes

Nach der Vorstellung durch Frau Oestereich gibt es keine weiteren Fragen.

- h) Hilfen für Migranten, S. 91 ff. des Berichtes

Die Frage von Herrn Halbeisen, was zum Tätigkeitsbereich der Verwaltungsfachkräfte gehört, wird von Herrn Stüwe beantwortet.

- i) Städtisches Männerasyl mit der Wohntage, S. 98 ff. des Berichtes

Frau Oestereich macht einleitend auf die Wichtigkeit der medizinischen Versorgung - sowohl in körperlicher wie auch psychischer Beziehung - der Nutzer des Männerasyl aufmerksam. Die Vorsitzende fordert hierzu insbesondere das Gesundheitsamt auf.

Herr Dr. Schmidt führt hierzu aus, dass die Anschaffung gewisser medizinischer Ausrüstungsgegenstände geplant sei. Des Weiteren stehe man im Austausch mit Herrn Haensel, da dieser Erfahrung im Bereich der medizinischen Versorgung Obdachloser durch „Luthers Kleinen Waschsalon“ habe. Herr Haensel meldet sich zu Wort, bestätigt und erweitert die Aussagen von Herrn Dr. Schmidt.

Herr Halbeisen regt bzgl. der Grafik auf S. 103 an, nicht nur abstrakt die jährlichen Bettentage darzustellen, sondern anzugeben wie viele Personen konkret dieses Angebot nutzen.

- j) Zentrale Fachstelle für Wohnraumsicherung und Wohnraumversorgung in Notfällen, S. 105 ff. des Berichtes

Frau Oestereich lobt die Arbeit und weist darauf hin, dass sich das Konzept des rechtzeitigen Eingreifens bewährt. Herr Halbeisen schlägt vor, die Hilfeleistungen mehr zu spezifizieren. Des Weiteren wünscht er eine ausführlichere Statistik.

- k) Schuldner- und Insolvenzberatung, S. 111 ff. des Berichtes

Frau Oestereich weist darauf hin, dass in diesem Bereich eine Mitarbeiterin lange krank gewesen sei und dadurch lange Wartezeiten in Kauf genommen werden mussten. Keine weiteren Wortmeldungen.

- l) Personalentwicklung, S. 132 ff. des Berichtes

Herr Steuber erläutert, dass Herr Lunkeit im Bereich der Personalentwicklung als qualifizierter Trainer und Seminarleiter tätig sei.

Frau Oestereich bringt ein, dass der Bereich der Personalentwicklung einer der wenigen Bereiche sei, die aufgrund des Berger-Papiers mit Geld versorgt werden sollen und wo nicht eingespart werden soll.

m) Betriebswirtschaft, S. 137 ff. des Berichtes

Herr Röspel erkundigt sich, ob und inwieweit Qualitätsbeschreibungen geplant seien. Herr Steuber teilt daraufhin mit, dass im Rahmen eines Qualitätsentwicklungsprozesses für den Allgemeinen Sozialen Dienst derzeit an der Fertigstellung von Qualitätsbeschreibungen bis zum Ende dieses Jahres gearbeitet werde.

Nachdem die Fragen geklärt und die Anregungen zur Kenntnis genommen worden sind, stellt Frau Oestereich folgenden Beschlussvorschlag zur Abstimmung:

**Der Ausschuss nimmt den Geschäftsbericht 2002 des Fachbereiches Jugend und Soziales zustimmend zur Kenntnis.**

**Abstimmungsergebnis: einstimmig zur Kenntnis genommen**

Frau Kuschel verlässt um 17:15 Uhr die Sitzung.

#### **4. Geschäftsberichte Freie Wohlfahrtspflege**

**Frau Oestereich bringt den TOP als 1. Lesung ein und stellt folgenden Beschluss zur Abstimmung:**

**Der Geschäftsbericht wird in 2. Lesung in der nächsten Sozialausschusssitzung am 24.09.03 behandelt.**

**Abstimmungsergebnis: einstimmig beschlossen**

#### **5. Zwischenbericht Flüchtlingsunterkünfte Loxbaum / Posener Str. (mündlicher Bericht)**

Herr Stüwe berichtet über den Stand der Umbaumaßnahmen, über den weiteren Zeitrahmen und darüber, welche weiteren Maßnahmen im Zusammenhang mit den Umbaumaßnahmen noch getroffen werden müssen (u.a. Mietvertragsverhandlungen mit der HGW, Erlass einer neuen Gebührensatzung).

Herr Stüwe weist insbesondere auf das Problem des Vandalismus bei der Umbaumaßnahme am Loxbaum hin. Allerdings hofft er, dass sich diese Probleme nach dem Umbau und durch den Bezug der Objekte von alleine lösen.

Anschließend teilt Frau Oestereich mit, dass in der örtlichen Presse teilweise fehlerhaft über die Maßnahmen berichtet worden sei, diese falsche Berichterstattung aber mittlerweile durch einen neuen Artikel berichtigt worden sei.

Herr Haensel begrüßt die positive Entwicklung im Umfeld des Loxbaums durch den Umbau. Allerdings bedauere er, dass die „Grüne Mitte“ nicht realisiert worden sei. Dieser zweite „Baustein“ bzgl. eines zentralen Platzes würde eine freundliche Struktur im Umfeld der Wohnungen schaffen. Herr Haensel würde eine endgültige Entscheidung begrüßen, ob diese „Grüne Mitte“ noch realisiert werden wird oder nicht.

Herr Dr. Schmidt nimmt das Problem auf, stellt aber klar, dass die Stadt diese Aufgabe nicht allein erfüllen könne.

Allerdings wolle er sich darum bemühen, dass sich alle Beteiligten zusammensetzen und gemeinsam über eine Lösung des Problems beraten würden. Frau Oestereich fände es schade, falls sich diese „Grüne Mitte“ nicht realisieren ließe. Herr Haensel stellt noch mal dar, dass er diese Maßnahme mit Blick auf die weitere Entwicklung für sehr wichtig halte. Frau Oestereich dankt für den Bericht und leitet zum nächsten Tagesordnungspunkt über.

## **6. Qualifizierungsmaßnahme bfw**

Herr Reichert verteilt noch einen ergänzenden Schriftsatz zur Vorlage (dieser Schriftsatz wird als Anlage zum Protokoll genommen). Aus diesem Schriftsatz geht hervor, dass sich die Gesamtkosten der Maßnahme von 138.596 € auf 165.636 € bzw. 181.236 € erhöhen. Allerdings könne Herr Reichert von einem Telefonat mit dem Arbeitsamt berichten, wonach diese Maßnahme von dem neu aufgelegten Programm „jump plus“ erfasst würde und somit die Kosten teilweise vom Arbeitsamt übernommen würden.

Herr Röspel merkt an, dass die Maßnahme des bfw keine Zielvereinbarung enthalte. Außerdem regt er an, bei Folgemaßnahmen eine Art Ausschreibung vorzunehmen bzw. Gespräche mit Trägern zu führen, die ähnliche Maßnahmen anbieten würden. Schließlich kritisiert Herr Röspel die Größenordnung der sozialpädagogischen Betreuung. Er hält sie für zu gering.

Herr Schellhorn schlägt vor, dass nicht nur – wie in der Begründung der Vorlage in Teil 3 Seite 1, 2. Absatz – städtische Einrichtungen und Anlagen saniert oder aufgearbeitet würden, sondern auch Einrichtungen der freien Wohlfahrtspflege.

Frau Oestereich bittet diesen Vorschlag aufzunehmen und als Anregung weiterzuleiten. Anschließend stellt Frau Oestereich folgenden Beschlussvorschlag zur Abstimmung:

- 1. Die Stadt Hagen übernimmt für 60 Sozialhilfeempfänger/innen ohne Ansprüche nach dem SGB III die Kosten für eine Qualifizierungsmaßnahme beim bfw, mit dem Ziel, eine bessere Vermittlung auf dem ersten Arbeitsmarkt zu erreichen.**
- 2. Die Kosten der Gesamtmaßnahme betragen 165.636 € bzw. 181.236 €. Der Ansatz der HHSt. 4100 732 0001, Lohnkostenförderung, wird um diesen Betrag erhöht.**
- 3. Die Hilfe zum Lebensunterhalt nach dem BSHG wird während der Qualifizierungsmaßnahme weiter gezahlt.**

**Abstimmungsergebnis: einstimmig beschlossen**

## **7. Qualifizierungsmaßnahme HFB**

Frau Oestereich kritisiert die englischlastige Sprache der Vorlage. Des Weiteren hebt sie die Zielvorgabe von 50% hervor, wonach für mindestens 50% der Teilnehmer/-innen die Qualifizierung in einer Beschäftigung münden soll. Frau Oestereich stellt folgenden Beschlussvorschlag zur Abstimmung:

- 1. Die Stadt Hagen fördert das Qualifizierungsprojekt des HFB für 40 Teilnehmer/-innen in Teilzeit und 8 Teilnehmer/-innen in Vollzeit.**

**2. Die Kosten der Gesamtmaßnahme betragen insgesamt 198.660 €. Der Haushaltsansatz der Haushaltsstelle 4100 732 0001, Lohnkostenförderung, wird um diesen Betrag erhöht, wobei im Jahre 2003 57.942,50 € und im Jahre 2004 140.717,50 € anzusetzen sind.**

**3. Die Hilfe zum Lebensunterhalt wird während der Maßnahme weitergezahlt.**

**Abstimmungsergebnis: einstimmig beschlossen**

## **8. Psychiatrische Versorgung in Hagen (mündl. Bericht des Gesundheitsamtes)**

Frau Oestereich führt aus, dass dieser heutige mündliche Bericht, als Fortsetzung der Beratung in der Sitzung am 05.02.03 zu betrachten sei. Herr Walther hält den mündlichen Bericht.

Der Bericht gliedert sich in drei Hauptpunkte. Zuerst schildert Herr Walther den momentanen Stand der psychiatrischen Versorgung in Hagen. Als zweites stellt er den Gesichtspunkt der Versorgung anhand von zwei Unterpunkten dar. Dazu wird auf die von Herrn Walther verteilte zweiseitige Kopie verwiesen, die Anlage dieses Protokolls wird. Dabei hebt Herr Walther insbesondere die Möglichkeit der Einweisung nach dem PsychKG hervor, wonach Personen in eine geschlossene Einrichtung eingewiesen werden können.

Beim dritten Hauptpunkt skizziert Herr Walther die gegenwärtigen Probleme im Bereich der psychiatrischen Versorgung in Hagen.

Frau Oestereich fragt im Anschluss an den Bericht, an wen man sich als Bürger ganz konkret wenden könne, wenn man einem psychisch auffälligen Menschen helfen wolle. Herr Walther erklärt, dass das Gesundheitsamt dann richtiger Ansprechpartner sei und zeigt anschließend die unterschiedlichen Handlungsmöglichkeiten bzw. –zwänge auf. Im Rahmen dieser Ausführung teilt Herr Walther mit, dass die wohnortnahe Versorgung in diesem Bereich in Hagen grundsätzlich in Ordnung sei.

Anschließend gibt es eine Diskussion in der es um eine erhöhte Anzahl von Widersprüchen im Bereich des ambulant betreuten Wohnens geht. Dabei wird darauf hingewiesen, dass seit 01.07.03 der Landschaftsverband für diese Maßnahme zuständig sei. An dieser Diskussion beteiligten sich Frau Oestereich, Herr Walther, Herr Haensel, Herr Steuber und Herr Meier. Nachdem Frau Oestereich abschließend ihre Sorge zum Ausdruck bringt, dass die Beurteilung über die Notwendigkeit einer Maßnahme sich oftmals nach den Kosten richte und nicht nach dem Bedarf, beendet sie diesen Tagesordnungspunkt und leitet zum Nächsten über.

Herr Dücker verlässt um 17:45 Uhr die Sitzung.

## **9. Pharmazeutisch-Technische Lehranstalt (PTLA) hier: Erhöhung der Teilnehmerbeiträge**

Herr Röspel erkundigt sich, wie hoch ein kostendeckender Beitrag wäre. Herr Schrage berichtet, dass ein Betrag von insgesamt 47.000 € im Haushalt der Stadt für diese Maßnahme ungedeckt sei. Dieser Betrag sei auf 72 Teilnehmer/-innen zu verteilen und durch die Monatsdauer des Lehrgangs zu teilen. Frau Oestereich gibt zu Bedenken, dass nicht nur Teilnehmer/-innen belastet oder die Stadt für den Fehlbetrag aufkommen solle, sondern die Nutznießer – wie z. B. Apotheker – höher beteiligt werden sollten.

Frau Oestereich stellt dann folgenden Beschlussvorschlag zur Abstimmung:

**Der Teilnehmerbeitrag für die Lehrgangsteilnehmer/-innen der Pharmazeutisch-Technischen Lehranstalt der Stadt Hagen wird mit Beginn des neuen Lehrgangs (August 2003) von monatlich 120 € auf 150 € erhöht.**

**Abstimmungsergebnis: einstimmig beschlossen**

Anschließend wird noch darüber diskutiert, ob und warum es sich um eine städtische Aufgabe handele, wobei klargestellt wurde, dass es sich um eine freiwillige Aufgabe handeln würde. Des Weiteren wird der kostendeckende Beitrag mit monatlich ca. 220 € angegeben. Eine Entscheidung über eine volle Kostendeckung, wäre aber im Rat zu treffen. An dieser Diskussion beteiligten sich Herr Puder, Frau Oestereich, Herr Schrage und Herr Dr. Schmidt.

#### **10. Anfragen der Mitglieder des Sozialausschusses gem. § 6 Abs. 8 der Geschäftsordnung des Rates**

Frau Oestereich geht es um ein Schreiben der AIDS-Hilfe Hagen e. V. In dem Schreiben beschwert sich die AIDS-Hilfe über das Verhalten der Stadt Hagen, da sie sich unter Druck gesetzt fühlt, indem sie der Vertragsänderung über die Kürzung des Budgetvertrages für das Jahr 2003 um 1.000 € innerhalb einer Woche zustimmen solle. Für den Fall der Nichtunterschrift wäre ihr die Kündigung des ganzen Vertrages angedroht worden. Die AIDS-Hilfe ist der Meinung, dass sie der Budgetkürzung von 1.000 € erst ab dem Haushaltsjahr 2004 zugestimmt habe.

Herr Dr. Schmidt erklärt, dass der Einsparungsvorschlag durch die AIDS-Hilfe im Rahmen der Verhandlungen selbst angeboten worden sei. Herr Dr. Schmidt habe heute mit der AIDS-Hilfe telefoniert und mit dieser vereinbart, dass für das Jahr 2003 nur auf 500 € verzichtet werden müsse und dann ab 2004 auf die vereinbarten 1.000 €. Laut Herrn Dr. Schmidt sei das Problem hiermit erledigt.

Frau Oestereich möchte dazu allerdings auch noch die AIDS-Hilfe hören. Frau Oestereich werde sich persönlich darum kümmern.

Es gibt keine weiteren Anfragen.

Frau Oestereich schließt die Sitzung. Ende der Sitzung: 18:20 Uhr.

---

Vorsitzende

---

Schriftführer

Gesehen:

gez. Steuber

---

Fachbereichsleiter